

SEPTEMBER '23/NR. 3



GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

- > SOLAR-INITIATIVE: GÜNSTIGER STROM VOM DACH 3
- > GRÜNE ERFOLGE IM PARLAMENT 6-7
- > MEGA-STRASSEN STOPPEN 10

KLIMA
DEMO
30.09.
BERN

UNSER KLIMA

DEINE WAHL



GRÜNE JETZT. MEHR DENN JE.

Die Erde hat Fieber. Der Juli 2023 war global der heisseste Monat seit Aufzeichnungsbeginn. Mit Abstand.

Am Südpol wäre jetzt eigentlich Winter. Neues Eis müsste sich bilden und die Atmosphäre kühlen. Nur: 2023 ist dem nicht so. Der Eisaufbau befindet sich an einem absoluten Tiefpunkt, weit ausserhalb der durchschnittlichen Entwicklung der letzten 20 Jahre.

Es ist dringend. Es ist ernst. Wenn alles so bleibt, wie es ist, bleibt bald nichts mehr, wie es ist.

Zwar haben wir GRÜNE viel erreicht in der letzten vier Jahren im Parlament: Ein deutliches Ja zum Klimaschutz-Gesetz. Die Verankerung der Kreislaufwirtschaft in einem Gesetz. Die Förderung der erneuerbaren Energien. Aber wir brauchen noch mehr grüne Power

im Parlament. Und da sind wir GRÜNE das Original.

Im Wahlkampf werben unsere politischen Partner*innen mit ihren eigenen Prioritäten. Kaufkraft, Kaufkraft, Kaufkraft. Auch wir GRÜNE bekämpfen die Mietpreisexplosion und die fossile Abhängigkeit, welche die Energiepreise massiv steigen lässt. Und wir fordern einkommensabhängige Krankenkassenprämien. Aber wir wissen auch, dass man am Schluss Geld nicht essen kann.

Ich bin überzeugt: Um die ökologische Wende zu meistern, müssen wir jetzt schneller und konsequenter handeln als je zuvor – und dabei die ganze Gesellschaft mitnehmen. Dafür braucht es uns alle! Alles steht und fällt mit der Mobilisierung. Ob es uns

gelingt, Bekannte und Freund*innen zu überzeugen, unsere Kandidierenden zu unterstützen.

Zum Glück können wir GRÜNE auf ein gewichtiges Instrument zählen: Die Avanti-Verdi-App. Sie hilft uns, gemeinsam die beste Mobilisierung zu erreichen. Sind Sie schon auf avanti-verdi.ch?

Machen wir die eidgenössischen Wahlen 2023 zur Klimawahl. Es braucht mehr GRÜNE im Parlament. Wir und jetzt. Mehr denn je.

Balthasar Glättli
Präsident GRÜNE
📍 bglattli

Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
031 326 66 00
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch
Auflage: 7800 Exemplare
Redaktion: Marjorie Spart, Fabienne Engler, Andrea Walker
Übersetzung: Fabienne Engler, Andrea Walker
Layout: Tom Wahli
Druck: Bubenberg Druck
Fotos: GRÜNE Schweiz (S.1, 3, 9, 11), Béatrice Devènes (S.3, 4, 6, 8, 9, 10), Christophe Schindler by Pixabay (S.4), Freepik (S.10), Ben Zumbühl (S.2, 11), Alena Halmes (S.11), Guido Schärli (S.12)
Erscheint vierteljährlich
Jahresabonnement: CHF 20 (für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen)
Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3 oder www.gruene.ch/spenden

AVANTI VERDI: DEM GRÜNEN WAHLKAMPF FLÜGEL VERLEIHEN

Kennen Sie Avanti Verdi schon? Die grüne Mobilisierungs-App ist ein Schlüsselwerkzeug für den grünen Wahlkampf und sollte unbedingt auch auf Ihrem Mobiltelefon installiert sein! 😊 Dank Avanti Verdi stimmen wir GRÜNE die vielen kantonalen Kampagnen fürs Klima optimal aufeinander ab. Und so gehts: Avanti Verdi ist eine To-Do-Liste, ein Wahlkampfmultiplikator und eine soziale App in einem. Für die kompetitiveren unter Ihnen gibt es Punkte für erledigte Aufgaben und Ranglisten, wo Sie sich mit anderen grünen Mitgliedern messen können. Schreiben Sie sich jetzt auf avanti-verdi.ch ein und verleihen Sie dem grünen Wahlkampf Flügel!



Android und PC



IOS



avanti-verdi.ch





Fast 60 Prozent der Schweizer Bevölkerung hat Ja zum Netto-Null-Ziel 2050 gesagt. Nun geht es an die Umsetzung, wozu es vor allem erneuerbaren Strom braucht. Die naturfreundlichste und günstigste Variante – Strom von Solaranlagen auf Bauten – wird dabei zu wenig ausgeschöpft.

Die Schweiz deckt heute 7 Prozent ihrer Stromversorgung mit Schweizer Solarstrom. In den letzten Jahren hat der Zubau über 50 Prozent betragen. Das ist auch den GRÜNEN zu verdanken. Wir haben die Solarkraft immer unterstützt. Zuletzt haben wir deren Förderung erfolgreich ausgebaut und bis 2030 verlängert, mit meiner parlamentarischen Initiative für erneuerbare Stromproduktion. Doch das Potential ist noch lange nicht ausgeschöpft. Nehmen wir den Kanton Zürich: Hier gehört die Sonne bereits heute zu den wichtigsten Stromquellen. Der Kanton Zürich produziert so viel Solarstrom wie der Kanton Appenzell Ausserrhoden Strom verbraucht. Doch werden erst 2.3 Prozent (!) der geeigneten Dächer genutzt. Würde dieser Anteil auf 25 Prozent erhöht, könnte der Kanton Zürich 30 Prozent der Stromversorgung allein mit der Solarkraft sichern.

Doch die Politik schläft. Statt alles daran zu setzen, das umweltfreundliche Solarpotential unserer Dächer voll auszuschöpfen, wollen nun bürgerliche Politiker, angetrieben vom ehemaligen SP-Präsidenten Bodenmann, chaotisch Solaranlagen in der Natur bauen. Natürlich müssen wir auch die Solarstromproduktion ausserhalb der bebauten Fläche in Betracht ziehen. Doch es kann nicht sein, dass wir einfach den Weg des geringsten Widerstandes auf Kosten der Natur nehmen. Zuerst muss das Potential auf unseren Dächern so gut wie möglich ausgeschöpft werden. So haben wir die kostenlose Energie der Sonne direkt dort als Strom zur Verfügung, wo wir sie brauchen.

Genau dieses Ziel verfolgen wir mit unserer Solar-Initiative! Wir wollen erreichen, dass auf allen geeigneten Flächen von Bauten und Anlagen eine Solaranlage steht. Wer sein Dach

saniert, soll eine Solaranlage installieren, wenn diese wirtschaftlich ist. Mit einem ähnlichen Mechanismus haben wir in Zürich die Bevölkerung für den Ersatz der Erdölheizungen gewonnen. Das ist Klimaschutz, der ökologisch und wirtschaftlich Sinn macht. So geht es vorwärts.

Noch besser und rascher als mit einer Volksinitiative gelänge dies, wenn das Parlament mit anpackt. Damit das geschieht, ist es entscheidend, dass im Herbst möglichst viele GRÜNE ins Parlament gewählt werden.



Bastien Girod
Nationalrat ZH
@bastien Girod

ALLE NACH BERN, FÜR UNSER KLIMA!

Am Samstag, 30. September findet in Bern die grosse **nationale Klima-Demo** statt. Gemeinsam wollen wir zu Tausenden durch die Strassen unserer Hauptstadt ziehen. Wir fordern, dass Klimaschutz endlich zur Priorität Nr. 1 in der Politik wird!

Die GRÜNEN treffen sich um **13:30 Uhr für eine Fotoaktion auf der Grossen Schanze**. Danach gehen wir gemeinsam zum Versammlungsort beim Bollwerk und machen uns um 14 Uhr mit dem gesamten Demonstrationzug auf zum Bundesplatz, wo es Stände, Musik und Reden gibt. Zusammen fürs Klima!

Mehr Informationen: gruene.ch/klima-demo





WASSERKNAPPHEIT UND HITZESTRESS: GRÜNE LÖSUNGEN

Wegen der Klimaerhitzung nehmen Extremwetterereignisse wie Trockenperioden zu. Beim Wasserhaushalt zeigen sich die Auswirkungen besonders deutlich: Auch in der Schweiz wird Wasser zu einer knappen Ressource. Hitzewellen sind nicht nur für unsere Wasserversorgung problematisch, sondern machen auch das Leben in unseren Städten ungemütlich. Doch es gibt Lösungen!

Cool Cities: Mehr Grün und Blau in den Städten

Im Sommer wird es in Städten und Agglomerationen zunehmend unerträglich heiss. Die vielen zubetonierten Flächen absorbieren die Sonnenstrahlung und heizen die Umgebung auf. Hauptsächlich wegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen steigt das Sterberisiko während Hitzewellen markant an: Im Sommer 2022 starben in Europa mehr als 61'000 Menschen aufgrund der Hitze.

Es braucht mehr Grün und Blau in den Städten. Wasser, Bäume und Ökoflächen leisten einen wichtigen Beitrag für ein angenehmes Stadtklima. Die zubetonierten Flächen in den Stadtzentren sind eine der Hauptursachen sowohl für die Hitzebelastung als auch für die Überflutung bei Starkregen. Wasseranlagen tragen besonders an Hitzetagen zu einer verbesserten thermischen Situation im Siedlungsraum bei. Aufgrund der

Verdunstungskühlung sind diese Flächen wichtige ökologische Ausgleichselemente. Offene, bewegte Wasserflächen müssen geschützt, erweitert und neu angelegt werden. In jüngster Zeit sind sowohl gute, wie der Schüssinselpark in Biel oder der See im Opfikerpark, als auch schlechte Beispiele, wie die Europaallee beim Bahnhof Zürich, entstanden.

Kantone und Gemeinden sind gefordert

Kantone und Gemeinden müssen dringend Massnahmen einleiten. In den Richt- und Zonenplänen müssen räumliche Vorgaben für Freihalte- und Grünzonen sowie Vorgaben zur Gestaltung von Grün- und Freiflächen definiert werden. So hat beispielsweise die Stadt Zürich in der Grundordnung verankert, dass der öffentliche Grünraum erhalten und grüne Flächen miteinander verbunden werden sollen. Als Richtwert werden pro Einwohner*in 8 Quadratmeter und pro beschäftigter Person 5 Quadratmeter öffentlich

zugänglicher Freiraum angestrebt.

Neuausrichtung des Wassermanagements

Um Wasserknappheit künftig besser in den Griff zu bekommen, soll es nicht primär darum gehen, wie mehr Wasser beschafft werden kann, sondern wie das vorhandene Wasser gerecht auf die verschiedenen Anspruchsgruppen verteilt und der Wasserverbrauch reduziert werden kann. Wir GRÜNE fordern Massnahmen, um die Wasserverschwendung zu reduzieren: durch die Priorisierung des Trinkwassers für den menschlichen Konsum; durch die vermehrte Nutzung von Regenwasser und aufbereitetem Abwasser; und durch den systematischen Einbau von Wassersparern in Haushalten.



Kurt Egger
Nationalrat TG
kurtegger2

DIE ZEIT DES AUFBRUCHS IST JETZT

39 Grad in Genf und ein tornadoähnlicher Sturm in La Chaux-de-Fonds. Die Umwelt- und Klimakrise schreitet ungebremst voran. Nicht erst seit diesem Sommer. Die nächsten vier Jahre werden zur Schlüssellegislatur. Schafft die Schweiz die ökologische Wende?

Wir GRÜNE sind überzeugt: Um die ökologische Wende zu meistern, müssen wir jetzt schneller und konsequenter handeln als je zuvor – und dabei die ganze Gesellschaft mitnehmen. Dafür braucht es uns GRÜNE mehr denn je!

Jetzt ist die Zeit des Aufbruchs. Schluss mit der zerstörerischen und kurzsichtigen Politik. Wir GRÜNE wollen ein besseres Leben ermöglichen. Wir treiben hier in der Schweiz den globalen Wandel voran. Für einen gesunden Planeten, für eine

solidarische Gesellschaft, für den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter. Mit einem grüneren Parlament, mit einem grüneren Bundesrat, sorgen wir dafür, dass die Politik dem gesellschaftlichen Wandel endlich Rechnung trägt.

WIR GRÜNE IN ZAHLEN

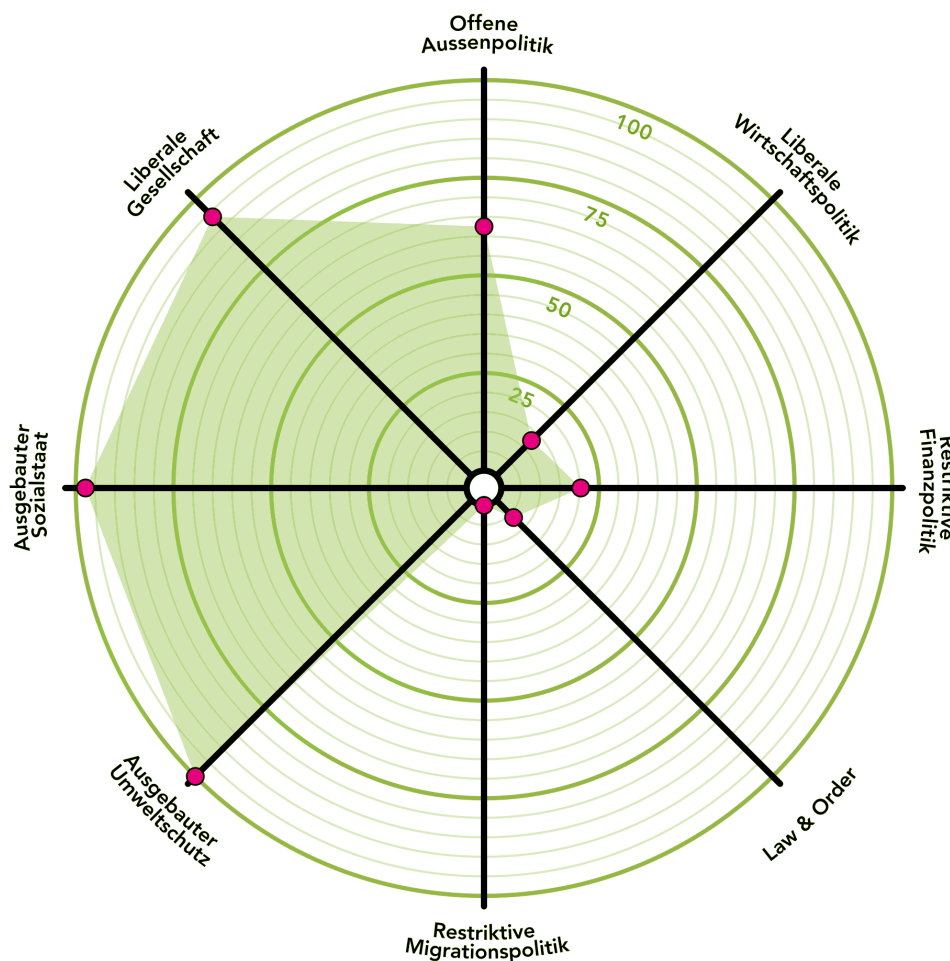
Wir sind mehr denn je.
Wir sind besser aufgestellt als je zuvor.

14'000
MITGLIEDER

2500
AVANTI-
NUTZER*INNEN

631
KANDIDIERENDE

32
BISHERIGE



▲ «Smartspider» basierend auf dem grünen Wahlprogramm Agenda 2023-2027

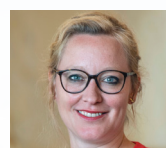
2020-2023

GRÜNE ERFOLGE

Wenn ich sehe, was wir seit unserem historischen Sieg im Jahr 2019 erreicht haben, bin ich stolz auf die Arbeit unserer Fraktion. Ja, wir haben unermüdlich gekämpft – vor allem im sehr konservativen Ständerat –, um die Klima- und Sozialpolitik voranzutreiben. Wir haben dem starken

Gegenwind der bürgerlichen Kräfte getrotzt, die die Dringlichkeit des Handelns immer noch leugnen. Mit Motivation und der Überzeugung, haben wir einiges bewegt und wichtige Siege errungen: für das Klima, für die Gleichstellung und eine lebenswerte Zukunft.

Nehmen wir diesen Schwung mit und mobilisieren wir mit vereinten Kräften, damit die Wahlen am 22. Oktober zu einem Sieg für das Klima werden



Aline Trede
Fraktionspräsidentin
alinetrede

FÜR DAS KLIMA



Unterstützung für erneuerbare Energien bis 2030: Dank unserer parlamentarischen Initiative Girod stimmte das Parlament neuen Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien zu. Ursprünglich war geplant, die Förderung nach 2022 einzustellen.



Klimaschutz-Gesetz: Seit Beginn der Vernehmlassung haben wir GRÜNE uns für einen indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative eingesetzt. Das Gesetz sieht Netto Null 2050 und 200 Millionen Franken pro Jahr über 10 Jahre für den Ersatz von Heizungen vor. Dieses vom Volk angenommene Gesetz schützt das Klima und spart Elektrizität.



Solar-Offensive: Im Parlament haben wir erreicht, dass Neubauten mit einer Grundfläche von mehr als 300 Quadratmetern mit einer Solaranlage ausgestattet werden müssen. Das reicht aber noch nicht: Es braucht unsere Solar-Initiative für Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern.





Kreislaufwirtschaft: Dank unserer Grundlagenarbeit konnten wir einen breit abgestützten Gesetzesentwurf zur Kreislaufwirtschaft erarbeiten. Damit wird das Kernanliegen unserer Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft umgesetzt.




Konzernverantwortung: Wir GRÜNE haben uns stark für die Konzernverantwortungsinitiative eingesetzt. Die Initiative wurde von der Bevölkerung (aber nicht von den Kantonen) angenommen, was einen wichtigen Etappensieg darstellt. Wir kämpfen weiter, um multinationale Konzerne zu verpflichten, ihre Verantwortung für den Schutz der Umwelt und der Menschenrechte wahrzunehmen.


FÜR EINE GLEICHGESTELLTE GESELLSCHAFT

 **Ehe für alle:** Bereits 1998 forderte die grüne Nationalrätin Ruth Genner im Parlament als Erste die Ehe für alle. Unsere Pionierarbeit hat sich gelohnt. Wir haben uns ebenfalls dafür eingesetzt, dass die Ehe für alle auch den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin für Frauenpaare umfasst. Ein weiterer Sieg!


 **Reform des Sexualstrafrechts:** Wir haben uns intensiv dafür eingesetzt, insbesondere im sehr konservativen Ständerat, das völlig veraltete Sexualstrafrecht zu modernisieren. Neu wird die sexuelle Selbstbestimmung geschützt und der Schockzustand wird berücksichtigt. Dank uns wird auch ein Straftatbestand in Fällen von Rachepornos geschaffen.


 **Ausbildung:** Dank unserer Arbeit im Ständerat haben Sans-Papiers und abgewiesene Asylsuchende, die nicht ausgeschafft werden können, Zugang zu einer Berufsausbildung.


 **Stimmrechtsalter 16:** Dank unserer parlamentarischen Initiative wird ein Gesetzentwurf zur Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre ausgearbeitet.


 **E-ID:** Nach der misslungenen Vorlage zur E-ID, die an der Urne abgelehnt wurde, haben wir GRÜNE eine breite überparteiliche Koalition ins Leben gerufen, die dem Bundesrat den Auftrag erteilt hat, sofort eine neue Vorlage zu lancieren.

FÜR EIN BESSERES LEBEN

 **Landwirtschaft:** Dank einer grünen Motion untersagt der Bundesrat die Ausfuhr von fünf Pestiziden, die in der Schweiz aufgrund der Gefahr für Gesundheit und Umwelt verboten sind.

 **Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative:** In der Umweltkommission haben wir die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zur Landschaftsinitiative geprägt. Unsere Vorschläge stärken Kulturland und Naturschutz, indem die Anzahl Gebäude und die Versiegelung des Bodens ausserhalb der Bauzone stabilisiert werden.

 **Artenschutz:** Mit ihrem Votum gegen das Jagdgesetz (2020) hat die Bevölkerung deutlich gemacht, dass sie in Zeiten der Klimakrise und des Biodiversitätsverlusts keine Schwächung des Artenschutzes akzeptiert.

 **Gesundheit/Pandemie:** Unsere Grundlagenarbeit ermöglichte eine breite Unterstützung für Selbstständige und KMUs. Wir haben erfolgreich für die Einführung und den Ausbau von Härtefallentschädigungen und Covid-Darlehen gekämpft. Und wir haben erreicht, dass Covid-Tests kostenlos waren.

Globale Klimagerechtigkeit: Die Schweiz muss mehr tun

Die Schweiz hat sich mit der UNO-Klimakonvention verpflichtet, einen gerechten Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung zu leisten. Kommt sie dem nach?

Nein. Die Aufteilung der Klimafinanzierung unter den Industrieländern wird aufgrund des BIP und der Treibhausgasemissionen berechnet. Der Bundesrat hat entschieden, nur die direkten Emissionen zu zählen, d.h.: Weder der Flugverkehr noch die Emissionen der Importe werden einberechnet, obwohl diese mehr als 2/3 der Gesamtemissionen ausmachen. Wenn die Schweiz die Auslandemissionen berücksichtigen würde, müsste sie mindestens 1 Mrd. Dollar jährlich zur internationalen Klimafinanzierung beisteuern. Anstatt 450 – 600 Mio. Franken, wie es heute der Fall ist.

Was muss die Schweiz tun, um ihre klimapolitische Verantwortung gegenüber der Weltbevölkerung wahrzunehmen?

Sie muss in erster Linie ihre eigenen Emissionen reduzieren und somit ihre historische Verantwortung wahrnehmen. Mit der Annahme des Klimaschutz-Gesetzes hat die Schweiz eine gute gesetzliche Grundlage dafür. Gleichzeitig muss sie als reiches Land ihre finanzielle Verantwortung wahrnehmen und in die internationale Klimafinanzierung investieren, besonders in die Klimaanpassungsmassnahmen für die Länder des Globalen Südens. Diese haben am wenigsten zum Klimawandel beigetragen und sind am stärksten davon betroffen. Es ist eine Frage der Solidarität, dass wir einen angemessenen Beitrag bezahlen.

Der Bundesrat teilt diese Ansicht nicht. Wie reagieren die GRÜNEN?

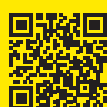
Im Parlament stellen wir den Bundesrat zur Rede mit Vorstössen und Fragen. Zudem beantragen wir bei jeder Gelegenheit eine Erhöhung der Mittel. Wir fordern ausserdem, dass der Bundesrat sich endlich für die Schaffung eines Solidaritätsfonds für die Länder des Globalen Südens ausspricht. Schlussendlich haben wir zur langfristigen Sicherstellung der Gelder für die Klimafinanzierung die Klimafonds-Initiative lanciert.



Christine Badertscher
Nationalrätin BE
ChBadertscher

Aussen gelb, innen grün: Die WOZ im Sonderangebot

Greenfo-Leser:innen, die jetzt ein WOZ-Jahresabo lösen, bekommen ein Vierteljahr geschenkt oben drauf.



Gutschein-Code GREENFO eingeben auf woz.ch/gutschein oder hier scannen.

Wer bereits ein Abo hat, kann sich bei abo@woz.ch für eine Gutschrift melden.



DIE JUNGEN GRÜNEN IM GESPRÄCH

«Ufe mit de Klimaziel, abe mit em CO2!» - So tönt es am 30. September an der nationalen Klima-Demo. Mit dabei natürlich auch die Jungen Grünen. Warum es zentral ist, für das Klima auf die Strasse zu gehen, verrät Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungpartei, in unserer aktuellen Podcast-Folge.

Die Klima-Demo 2019 mit 100'000 Teilnehmer*innen war ein Schlüsselereignis für viele Jugendliche. Das spürten auch die Jungen Grünen: Sie gewannen viele Neumitglieder. Auch an der diesjährige Klima-Demo am 30. September hofft Magdalena auf zahlreiche Klimabewegte, um vor den Wahlen ein klares Zeichen zu setzen. «Ich glaube, es wird die letzte Legislatur sein, in der wir noch vorwärts gehen können, hin zur klimagerechten Schweiz. Und genau darum braucht es so viele Leute auf der

Strasse. Um zu zeigen: Hey ja, die Stimmbevölkerung möchte diesen Aufbruch, sie möchte diesen sozial-ökologischen Wandel.» Die Jungen Grünen haben seit ihrer Gründung vor bald 20 Jahren eine beeindruckende Entwicklung hingelegt. Heute sind sie die wähler*innenstärkste Jungpartei und vertreten in kommunalen und kantonalen Parlamenten. Gleichzeitig sind sie stark in den sozialen Bewegungen verankert, wie Magdalena erläutert: «Wir möchten die Stimmen

der Bewegungen in die institutionelle Politik hineintragen. Wir sehen uns da sehr fest als Brückenbauerin.»

Mehr dazu in der aktuellen Folge unseres Podcasts «Die GRÜNEN im Gespräch»: gruene.ch/podcast-im-gespraech



KÖNNEN GERICHTE UNSER KLIMA RETTEN?

Weltweit gibt es etwa 2'000 Klimaklagen. Dabei handelt es sich nicht etwa um einen ungerechtfertigten Eingriff der Judikative in die Kompetenzen der Politik, wie manche behaupten. Im Gegenteil: Die Richter*innen nehmen ihre Rolle als dritte Gewalt voll und ganz wahr. Ihre Aufgabe besteht darin, die korrekte Anwendung der Rechtsnormen zu gewährleisten.

Auch die Schweiz hat ihren Klimaprozess: Es ist der Fall der Klima-Seniorinnen. Ich habe das Privileg, seit Beginn ihres Kampfes im Jahr 2016 zu ihrem Anwaltsteam zu

gehören. Die Grundlage der Klage ist simpel: Die Schweiz tut nicht genug, um ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen, damit die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad begrenzt werden kann. Dies ist eine Verletzung der Menschenrechte, besonders derer von älteren Frauen. Sie sind aufgrund der Zunahme von Hitzewellen stärker gefährdet als der Rest der Bevölkerung (erhöhte Sterblichkeit, Herz-Kreislauf-Beschwerden, Atemprobleme, usw.).

Die Schweizer Gerichte erklärten den Antrag der Seniorinnen aus undurchsichtigen verfahrens-

rechtlichen Gründen für unzulässig. Deswegen riefen die Seniorinnen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg an. Es ist der erste Klimaprozess vor diesem Obersten Gericht. Die Anhörung fand im Frühjahr statt und das Urteil wird für Ende dieses oder Anfang nächstes Jahr erwartet. Es wird, so hoffen wir, ein historisches sein!



Raphaël Mahaim
Nationalrat VD
🐦 raphaelmahaim

BIODIVERSITÄT: MACHEN WIR ENDLICH DIE AUGEN AUF!

Die Klimaerhitzung wird heute weitgehend anerkannt. Anders ist das bei der Biodiversitätskrise. Eine Mehrheit des Parlaments kümmert sich weiterhin nicht um die Natur.

Die Biodiversität ist aus mehreren Gründen zentral für uns. Der Schutz von Bienen, Fischen oder Wildpflanzen ist etwa für unsere Nahrungsmittelsicherheit und unsere Luft- und Wasserqualität entscheidend. Für die Bestäubung durch Tiere etwa braucht es eine Vielzahl an Insekten: Einige sammeln Nektar bei heissem Wetter, andere bei Regen. Jedoch sind 60 Prozent der Arten bedroht und damit auch die Dienste, die sie uns erweisen.

Die Schweiz, die sich gerne für vorbildlich hält, macht in Sachen Artenvielfalt einen schlechten Job. Der

Platz ist knapp und die Nutzungskonflikte zahlreich. Umweltverbände haben deshalb eine Initiative zum Schutz der Biodiversität lanciert. Der Nationalrat hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der jedoch an der Blockadehaltung des Bauernverbands gescheitert ist. Dabei sind nur 1,6 Prozent der Landflächen der Artenvielfalt zuliebe von jeglicher Nutzung ausgeschlossen. Überall arbeiten Landwirtinnen und Landwirte für die und mit der Biodiversität.

Doch nicht nur der Bauernverband, auch die Wasserkraftlobby, die gerne jeden Wassertropfen für ihre Zwecke

verwenden würde, hatte bei der Ablehnung des Gegenvorschlags ihre Finger im Spiel. Noch hat das Parlament die Möglichkeit, während der nächsten Session im September seine Fehler zu korrigieren. Und die Stimmbevölkerung im Oktober die Chance, das Parlament grüner zu machen. Es ist dringend!



Kurt Egger
Nationalrat TG
kurtegger2

WER STRASSEN SÄT, WIRD VERKEHR ERNTEN

Der Strassenverkehr ist für 37 Prozent der CO₂-Emissionen in der Schweiz verantwortlich. Trotzdem hat das Parlament kürzlich 14 Milliarden für Autobahnen bewilligt, davon 5,3 Milliarden für den Ausbau. Die GRÜNEN werden diese unverantwortliche Entscheidung bekämpfen.

Die Expert*innen sind sich einig: Es braucht einen Kurswechsel in der Mobilitätspolitik, um das Netto-Null-Ziel von Paris zu erreichen. «Um dieses Versprechen einzuhalten, müsste bis 2050 der gesamte Fahrzeugbestand durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden und die Zahl der mit dem Auto zurückgelegten Kilometer um fast 60 Prozent reduziert werden», sagt zum Beispiel Professor Vincent Kaufmann von der ETH Lausanne.

Jede Kapazitätserweiterung erhöht den Verkehr, sowohl auf den Autobahnen als auch auf den anderen

Strassen. Kaufmann ruft deshalb im Gegenteil dazu auf, die Kapazität zu reduzieren, zum Beispiel durch weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen. Dies steht im Einklang mit der Politik der Kantone und Gemeinden, die nach Lösungen suchen, um den Verkehr in den Zentren zu reduzieren und die Lebensqualität in den Städten zu verbessern.

Strassenausbauten gehen immer auch auf Kosten von landwirtschaftlichen Flächen, Grünflächen und Bäumen, obwohl es von entscheidender Bedeutung ist, genau diese Bereiche zu

schützen, um unsere Landwirtschaftsflächen und unsere Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel zu erhalten.

Die Grünen werden zusammen mit dem VCS und UmverkehrR das Referendum gegen diese aus der Zeit gefallenen Projekte ergreifen.



Michael Töngi
Nationalrat LU
mtoengi

WAHLKAMPAGNE 2023 IN BILDERN

Die Grüne Bewegung ist nur dank ihrer Mitglieder so stark. Gemeinsam setzen wir uns ein fürs Klima, die Biodiversität und echte Gleichstellung – sei es auf der Strasse, im Parlament oder beim Kampagnen-Workshop. Danke, dass es euch gibt!



Start des Wahljahrs: Wir treffen uns zur Delegiertenversammlung in Genf.



Eine feiernde Menge und glückliche Gesichter: Konzert von Carrousel am 40-Jahre-Fest der GRÜNEN Schweiz.



Streiktag! Natalie Imboden und Sibel Arslan an der Aktion des feministischen Streiks.



Lancierung der Inklusions-Initiative: Selfie mit Balthasar Glättli, Maya Graf, Aline Trede und Hasim Sancar.



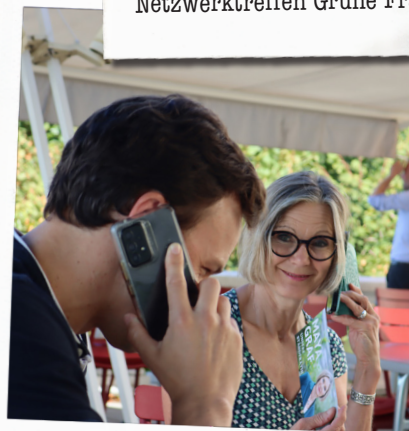
Gleichstellung jetzt! Eindrücke vom Netzwerktreffen Grüne Frauen in Biel.



Queer & proud: Das Netzwerk Green LGBTIQ+ zu Besuch im Bundeshaus.



Solar-Initiative: Lancierungsaktion an der Delegiertenversammlung in Bern.



«Kennen Sie unsere Mobilisierungs-App Avanti Verdi schon?» Telefonaktion der Grünen Fraktion.



INKLUSION DARF KEINE ILLUSION MEHR SEIN!

Als Spitzensportler nahm ich jahrelang fast nur an Behindertensportanlässen teil. Erst im Herbst meiner Karriere rückten inklusive Sportveranstaltungen in den Fokus. Diese Inklusion gilt es nun endlich auch in der breiten Gesellschaft flächendeckend und nachhaltig zu verankern.

Mit Erscheinen dieses Beitrags ist es beinahe auf den Tag genau zwanzig Jahre her, dass ich im Berner Oberland als Velofahrer mit einem Car kollidierte und dabei den Kürzeren zog. In diesen zwanzig Jahren lernte ich, mit einer Querschnittlähmung und ihren Folgen zu leben. Im Handbikesport fand ich zuerst ein Hobby, dann einen Beruf, der mir neue Perspektiven eröffnete, mich erfüllte und mich einige Erfolge feiern liess.

Eine wichtige Eigenschaft im Spitzensport ist Hartnäckigkeit und ein Tunnelblick. Was links und rechts passiert lenkt nur ab. Mir war es dennoch stets ein Anliegen, über den Tellerrand hinaus zu blicken. Doch reichte dieser Blick in den meisten Fällen dann doch nur bis zum den Teller umgebenden Besteck. Als Athletenvertreter setzte ich mich für einen stärkeren Fokus auf das Wohl der Athlet*innen ein. Mir schien, als sei dies ab und an in Vergessenheit geraten.

Den GRÜNEN trat ich aus umwelt-

und gesellschaftspolitischen Gründen bei. Themen wie die UNO-Behindertenrechtskonvention sagten mir wenig. Von Inklusion hatte ich auch schon gehört, aber erst im Herbst meiner Karriere öffnete sich mein Blickfeld, was die breite Inklusionsdebatte angeht und wie viel diese mit dem Sport gemein hat.

Unter dem Titel Athletenvertretung erhalten Athlet*innen im Sport mittlerweile ein gewisses Äusserungsrecht, ohne sich (grössere) Sorgen um ihren Kaderstatus etc. machen zu müssen. In der Inklusionspolitik ist es mit dieser Selbstvertretung aber noch ein weiter Weg. Allzu oft werden Entscheidungen über die Köpfe von Menschen mit Behinderungen hinweg getroffen. In vielen Gremien sind Menschen mit Behinderungen nur spärlich oder gar nicht vertreten (looking at you, Nationalrat). Dabei sind wir Menschen mit Behinderungen die besten Fachpersonen, wenn es um unsere Anliegen geht.

Erst im Rückblick, mit zunehmender Distanz, wurde mir bewusst, wie oft ich in meiner Karriere an reinen Behindertensportanlässen teilnahm. Wo ich mich doch in all diesen Jahren primär als «Gümmeler» und nicht als Behindertensportler sah. Integrierte Events waren und bleiben die Ausnahme. Doch sind es gerade diese Ausnahmen, die es Sportler*innen mit Behinderungen ermöglichen, auf die ganz grosse Bühne zu treten und zu zeigen, zu welchen Leistungen sie fähig sind.

Ich wünsche mir, mit meinem (politischen) Engagement mehr Menschen für das Thema Inklusion zu sensibilisieren. Denn diese Inklusion gilt es endlich in die ganze Gesellschaft zu tragen, damit Menschen mit Behinderungen ihre Talente überall zur Geltung bringen und selbstbestimmt und gleichberechtigt ihr Leben bestreiten können.

Tobias Fankhauser
Nationalratskandidat BL
TobiFankhauser

JA ZU MEHR INKLUSION

Die Volksinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Inklusions-Initiative)» will die Bundesverfassung anpassen, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu stärken, damit sie selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und über die gleichen Rechte verfügen. Unterstützen auch Sie die Initiative! Gemeinsam können wir unsere Gesellschaft inklusiver gestalten.



Hier die Inklusions-Initiative
unterschreiben:
www.inklusions-initiative.ch